

## **Es blieb bei über einer Million Arbeitslosen**

Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik zwischen den DGB-Bundeskongressen 1975 und 1978

---

*Günter Pehl, geboren 1923 in Stettin, verantwortlicher Redakteur der DGB-Funktionärs Zeitschrift „Die Quelle“, ist langjähriger wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.*

Als der letzte DGB-Bundeskongreß im Mai 1975 in Hamburg tagte, befand sich unsere Volkswirtschaft am tiefsten Punkt einer Rezession, die weltweit war und eine Stärke erreicht hatte, wie seit der Weltwirtschaftskrise vom Anfang der dreißiger Jahre nicht mehr. Das Sozialprodukt war im 1. Halbjahr 1975 real (Preissteigerungen ausgeschaltet) um 5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor, die Industrieproduktion war um die Jahresmitte nicht mehr höher als im Durchschnitt des Jahres 1970, und die Produktionsanlagen waren um 11 Prozent weniger ausgenutzt als im lang-

jährigen Durchschnitt. Die Gewerkschafter waren aber vor allem von dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit betroffen, denn nach vielen Jahren der Vollbeschäftigung überschritt die Zahl der Arbeitslosen Anfang 1975 erstmals seit 1959 wieder die Millionenmarke. Vergleicht man den Jahresdurchschnitt, dann war die Zahl der Arbeitslosen 1975 mit 1,074 Millionen doppelt so hoch wie 1974. Man mußte 20 Jahre bis in das Jahr 1955 zurückblicken, ehe man wieder auf eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl über der Millionengrenze traf; zufällig betrug sie damals auch 1,074 Millionen.

Aus der Talsohle des Frühjahrs 1975 erfolgte zunächst ein erfreulich rascher Aufschwung. Das reale Sozialprodukt stieg bis Ende 1976 um 12 Prozent. Doch die Arbeitslosigkeit blieb unverändert. Auch im vergangenen Jahr 1977, das in der Wirtschaftsentwicklung einen unerwarteten Rückschlag brachte: im Sommer ging das Tempo des Wirtschaftswachstums fast auf Null herunter; erst gegen Ende des Jahres kam die Volkswirtschaft wieder etwas auf Touren. Immerhin gab es 1977 einen realen Sozialproduktzuwachs von 2,4 Prozent. Die Arbeitslosenzahl blieb aber weiterhin Monat für Monat teils an der, teils über der Millionenmarke. Ende Januar 1978 waren 1,214 Millionen Arbeitslose registriert, 35 400 weniger als vor Jahresfrist<sup>1</sup>. Drei Jahre zuvor, Ende Januar 1975, gab es in der Bundesrepublik 1,154 Millionen Arbeitslose, also trotz der damaligen Rezession 60 000 weniger. Allerdings war damals die Zahl der Kurzarbeiter mit 901 000 gegenüber 251 200 Ende Januar 1978 wesentlich höher.

#### *Seit Anfang 1975 Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe*

Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe blieb in den drei Jahren zwischen den beiden DGB-Bundeskongressen 1975 und 1978 die größte wirtschaftspolitische Herausforderung. Die Wiedererreichung der Vollbeschäftigung ist nach wie vor die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik. Allerdings war die staatliche Wirtschaftspolitik nicht untätig. Seit 1975 sind über 30 Mrd. DM für Konjunkturprogramme und Steuererleichterungen, die die Wirtschaft beleben sollen, eingesetzt worden, und in diesem Jahr 1978 werden nochmals 12 Mrd. DM hinzukommen. Die Zinssätze sind so niedrig wie seit Ende der fünfziger Jahre nicht mehr. Die Bundesbank senkte den Diskontsatz vom Oktober 1974 bis zum September 1975 in sieben Stufen von 7 auf 3,5 Prozent. Auf diesem relativ niedrigen Stand blieb der Diskontsatz über zwei Jahre lang. Dann wurde er am 16. 12. 1977 nochmals auf 3 Prozent gesenkt. In den USA beträgt der Diskontsatz dagegen 6,5 Prozent. Bei Geldanlagen über drei Monate beträgt der Zinssatz auf dem Euromarkt zur Zeit 2,75 Prozent gegenüber

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel wurde in den ersten Februartagen geschrieben. Die bis dahin vorliegenden Wirtschaftsdaten erfaßten die Zeit bis Ende 1977. Eine Ausnahme machten die Zahlen über die Arbeitslosigkeit, die bis Ende Januar 1978 reichten.

7,5 Prozent für entsprechende Dollar-Anlagen. Geld z. B. für Investitionen ist genug vorhanden. Aber „die Pferde saufen nicht“, jedenfalls nicht so viel, wie es notwendig wäre.

Es hat sich in den drei Jahren zwischen den beiden Kongressen gezeigt, daß die alten Rezepte zur Wiedererreichung der Vollbeschäftigung versagen. Die Globalsteuerung reicht nicht mehr aus. Nichts wird wieder so sein, wie es einmal war: dieses Bewußtsein - oder auch nur die Ahnung davon - hat sich in diesen drei Jahren weitverbreitet. Es kann und wird nicht mehr so weitergehen wie in den fünfziger und sechziger Jahren. *Erhard Eppler* hatte offensichtlich recht, als er 1976 in der ersten Hälfte der siebziger Jahre „eine geschichtliche Zäsur“ sah, „ablesbar am Symptom der sogenannten Ölkrise“. Mit einiger Verzögerung wird diese Erkenntnis einem größer werdenden Kreis von Menschen bewußt. Wir mußten die Erfahrung machen, daß nicht mehr alles machbar ist, und daß manches, was machbar ist, wegen zu großer Risiken und unabsehbarer Folgen nicht gemacht werden darf.

### *Starke Expansionskraft — aber auch unaufhörlicher Zwang zur Expansion*

Es geht um die Grundlage unseres Wirtschaftssystems. Dieses hat eine enorme Dynamik und Expansionskraft entwickelt, die auch für die Arbeitnehmer zu einem Lebensstandard geführt haben, wie er noch vor 20,25 Jahren unvorstellbar gewesen war. Aber das System hat nicht nur eine enorme *Expansionskraft*, sondern zugleich einen starken *Zwang zur Expansion*. Unsere Volkswirtschaft lebt von der unaufhörlichen Expansion. Nur wenn Jahr für Jahr immer mehr Waren abgesetzt und produziert werden, sind die Arbeitsplätze gesichert; neue Arbeitsplätze können per saldo nur erwartet werden, wenn die Produktion stärker steigt als die Produktivität (die Produktionsleistung je Erwerbstätigen), das heißt: bei realen Zuwachsraten, die über 4 Prozent liegen <sup>2</sup>.

Dabei sieht es so aus, als wenn sich der technische Fortschritt, vor allem durch die Elektronik, noch beschleunigt. Mikrocomputer und Mikroprozessoren sind hierfür aktuelle Beispiele. Die neuen Technologien sind eine große Herausforderung, auch für die Gewerkschaften. Denn sie ermöglichen Rationalisierungen, deren Arbeitsplatzvernichtung wahrscheinlich größer ist als die Möglichkeit, gleichzeitig neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Jedenfalls sind die Theorien über und die Forderungen nach „Nullwachstum“, wie sie Anfang der siebziger Jahre in Mode waren, im Anblick des Millionenheeres von Arbeitslosen - und im übrigen auch der Finanzmisere der Rentenversicherung - verstummt. Ausreichendes Wirtschaftswachstum ist für uns lebensnotwendig.

---

<sup>2</sup> Siehe hierzu den Beitrag von Rudolf Henschel: Arbeitslosigkeit—Konjunkturstörung oder Strukturkrise? in Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 12/1977, S. 742.

*Wirtschaftsexpansion stößt jedoch überall an Grenzen*

Jedoch stößt die wirtschaftliche Expansion in der Bundesrepublik mehr und mehr an allen Seiten auf Grenzen:

- Da ist z. B. die Konkurrenz der Niedriglohnländer auf den deutschen und auf den Weltmärkten, die in den letzten Jahren erheblich an Schärfe zugenommen hat.
- Da sind einerseits Einfuhrbeschränkungen bei wichtigen Außenhandelspartnern und andererseits nicht kostendeckende Exportpreise bei Welthandelskonkurrenten, wobei staatliche Subventionen dadurch entstehende Verluste ganz oder teilweise ausgleichen.
- Da sind die starken Schwankungen der Wechselkurse und der Verfall des US-Dollars in letzter Zeit. Diese Vorgänge hatten eine ständige Aufwertung der D-Mark zur Folge, wodurch sich tendenziell unsere Exporte verteuerten und die Einfuhren in die Bundesrepublik verbilligten.
- Da gibt es die wachsenden Ansprüche der Entwicklungsländer und vor allem der bisher nicht industriellen Rohstoffländer, die sich ihrer Macht bewußt geworden sind, an die Industrieländer. Die Steigerung der Rohstoffpreise um 83 Prozent zwischen 1973 und 1977<sup>3</sup> und insbesondere die Vervierfachung der Rohölpreise in den Jahren 1973 und 1974 sind hierfür eindrucksvolle Beispiele. Die Zeiten billiger Rohstoffe und billiger Energie sind vorbei.
- Die Verteuerung der Rohstoffe wurde ausgelöst und gestützt durch die um sich greifende Erkenntnis, daß wichtige Rohstoffquellen in absehbarer Zeit erschöpft sein werden. Dies zwingt zu einer sparsameren Verwendung von Rohstoffen und Energie. Dies zwingt aber auch zur wachsenden Verwendung von Kernenergie, damit in Zukunft Vollbeschäftigung wieder erreicht und gesichert werden kann. Indessen gibt es über die Risiken der Kernenergieverwendung eine völlig kontroverse Auseinandersetzung.
- Da ist die wachsende Gefährdung und gar Zerstörung der Umwelt durch die starke wirtschaftliche und speziell industrielle Expansion. Sie forderte ein sensibles Umweltschutzbewußtsein der Bürger heraus. Der Gesetzgeber reagierte mit einschneidenden Schutzmaßnahmen - Geboten und Verboten für Investoren und Produzenten.
- Da ist schließlich in der Bundesrepublik sowie in vergleichbaren Industrieländern eine tendenzielle Marktsättigung bei einer Reihe von Gütern des privaten Ver-

---

<sup>3</sup> Nach dem Rohstoffpreisindex des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs. Der HWWA-Index erfaßt 47 Waren und ist umfassender als der Reuter-Index (17 Rohstoffe) und als der Moody-Index (15 Waren); er stieg von 178 im Jahresdurchschnitt 1973 (1952/1956 = 100) auf 316 im Jahresdurchschnitt 1977. Allein von 1976 bis 1977 kletterte der HWWA-Index um gut 10 Prozent.

brauchs. Die Nachfrage nach diesen Gütern wächst kaum noch; bei Haushaltsgeräten, Kraftfahrzeugen und anderen Gütern des gehobenen Bedarfs geht der Bedarf oft kaum über den Ersatz veralteter und überholter Geräte und Fahrzeuge hinaus.

Wenn in wenigen Sätzen das Bemerkenswerteste an der wirtschaftlichen Entwicklung in dem Drei-Jahres-Zeitraum zwischen den beiden Bundeskongressen 1975 und 1978 gekennzeichnet werden soll, dann ist es m. E. einmal die beständige Arbeitslosigkeit um die Millionenmarke herum und dann sind es zweitens die zunehmenden Gefährdungen und Störungen des wirtschaftlichen Wachstums in den eben aufgezählten Formen - Gefährdungen durch den technischen Fortschritt und durch die rasche weltwirtschaftliche Integration bei von deutscher Seite weitgehend ungehindertem Waren- und Zahlungsverkehr, Wachstumsgrenzen aber auch, auf die das Angebot vieler Warensorten in einer Wohlstandsgesellschaft stößt. Drittens wäre schließlich die Beobachtung zu nennen, daß sich immer mehr Menschen dieser Wachstumsgrenzen bewußt werden, daß jedenfalls Ahnungen darüber weit verbreitet sind.

#### *Unbehagen, Unsicherheit und Ratlosigkeit*

Es ist verständlich, wenn sich daraus überall im Lande Unbehagen und Unsicherheit über die Wirtschaftsaussichten ergeben, zumal auch die Politiker nicht über ein geschlossenes und plausibles Konzept verfügen. Vielmehr läßt sich der Eindruck einer gewissen Ratlosigkeit über den einzuschlagenden Weg nicht wegwischen. Davon ist die parlamentarische Opposition in Bonn nicht ausgenommen. Von ihr vermißt man eine ernst zu nehmende, realistische Alternative zur Regierungspolitik. Leider begnügt sie sich fast ausschließlich mit der Rolle der Cassandra. Die Regierung tut zuwenig, um die Bevölkerung über die großen wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit aufzuklären und ihr zu sagen, daß kein großer Wurf in Sicht ist, sondern daß wahrscheinlich viele kleine Schritte nötig sind, um diesen Herausforderungen im ganzen erfolgreich begegnen zu können. Aber man darf auch ein verändertes Verhalten der Opposition erwarten. Sie müßte endlich mit ihrer Rechthaberei, unwahrhaftigen Anklägerei und Miesmacherei aufhören, denn damit verschlimmert sie das an sich schon vorhandene Klima der Unsicherheit, zumal bei vielen Unternehmern - und dies bedeutet praktisch eine Gefährdung von Arbeitsplätzen. Gewiß gehören — auch harte — Auseinandersetzungen zum Leben einer Demokratie. Aber es kommt doch wohl wesentlich darauf an, worüber gestritten wird. Es ist sicherlich nicht zuviel von der Opposition verlangt, wenn sie nach konkreten Vorschlägen zur Überwindung der Beschäftigungskrise gefragt wird. Sie sollte im Wettbewerb mit der Koalition nach den besten Wegen zur Lösung der großen wirtschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit suchen.

*Die Unternehmen brauchen mehr Informationen über den Strukturwandel*

Dabei ist es allerdings keine Hilfe, wenn jeder Vorschlag zur besseren Anpassung an den raschen Strukturwandel und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in erster Linie danach beurteilt wird, ob er in das Gedankengebäude marktwirtschaftlicher Dogmatiker hineinpaßt. Es wird dann geflissentlich übersehen, daß die Wirklichkeit unserer Volkswirtschaft nicht so lehrbuchhaft marktwirtschaftlich aussieht. Auch zu Zeiten Adenauers und Erhards gab es große Bereiche mit starken staatlichen Eingriffen; man denke nur an die Agrar-, Wohnungs-, Energie- und Verkehrswirtschaft. Und ein heute von den „Gralshütern“ der Marktwirtschaft als „sozialistisch“ verdammtes Investitionsmeldev erfahren wird in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl schon seit 20 Jahren praktiziert. Seine Aufgabe ist es, wichtige Informationen für die Investitions- und Produktionsentscheidungen der Unternehmen darzubieten.

Eigentlich müßte es einleuchtend sein, daß das Informationsbedürfnis der Unternehmen im gegenwärtigen Strukturwandlungsprozeß erheblich zugenommen hat. Den Gewerkschaften geht es gerade darum, den Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen durch bessere Informationen mehr Sicherheit zu geben; ein Mittel dazu können Investitionsmeldestellen sein, ein anderes Instrument Strukturrate. Solche und andere Mittel sollen nicht leistungsmindernd wirken, sondern genau umgekehrt durch die Bereitstellung besserer Informationen Fehlentscheidungen verringern. „Durch eine vorausschauende Strukturpolitik müssen die künftigen Veränderungen der in- und ausländischen Nachfrageströme sowie der Wandel der wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Produktionsbedingungen transparenter als bisher gemacht werden“, heißt es in den „Vorschlägen des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“, die im Sommer 1977 dem Gesetzgeber, der Regierung und der Öffentlichkeit übergeben wurden.

*DGB-Vorschläge zur Wiedererreichung der Vollbeschäftigung*

Diesem 30seitigen Beschäftigungsprogramm liegen die Beschlüsse des 10. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses vom Mai 1975 zugrunde. Es ist ein sehr wichtiger Beitrag des DGB bei der Suche nach Wegen, die aus der nun bald vier Jahre andauernden Beschäftigungskrise herausführen sollen. Natürlich hat auch der DGB kein Patentrezept bereit. Er schlägt vielmehr viele konkrete Einzelmaßnahmen vor, die an den verschiedensten Stellen unseres Wirtschaftslebens ansetzen. Dabei muß „die globale Wachstumspolitik durch eine vorausschauende regionale und sektorale Strukturpolitik ergänzt werden“. Zusammengefaßt geht es dem DGB mit seinen Vorschlägen um dreierlei:

- um die Beschleunigung eines qualitativen wirtschaftlichen Wachstums,

- um die soziale Beherrschung der modernen Technologie und der Produktivität und
- um eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit.

Nur wenn auf allen drei Ebenen gleichzeitig angemessene Schritte unternommen werden, besteht eine Chance, die Vollbeschäftigung wiederzuerlangen.

#### *Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1975 bis 1978*

Anfangs wurde schon geschrieben, daß die Rezession in der Bundesrepublik zur Zeit des 10. DGB-Bundeskongresses im Mai 1975 am tiefsten Punkt war; das reale Sozialprodukt war im 1. Halbjahr 1975 um 5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Im 2. Halbjahr mußte zwar noch eine Minderung der volkswirtschaftlichen Leistung hingenommen werden; sie betrug aber nur noch 2 Prozent und war auf das 3. Vierteljahr beschränkt. Im Herbst 1975 setzte eine rasche Erholung ein, die in einem Sozialproduktzuwachs von 5,6 Prozent im Jahre 1976 - fast gleichmäßig in beiden Halbjahren - zum Ausdruck kam. So war es kaum verwunderlich, daß alle Wirtschaftsforschungsinstitute, der Sachverständigenrat und die Bundesregierung für 1977 eine Fortsetzung des lebhaften Wirtschaftsaufschwungs voraussagten; die Schätzungen lagen bei realen Zuwachsraten des Sozialprodukts zwischen 4,5 und 5 Prozent. Die tatsächliche Entwicklung war enttäuschend. Das *reale* Bruttosozialprodukt stieg nur um 2,4 Prozent an. In den Sommermonaten war das Wachstum sogar fast zum Stillstand gekommen. Erst im 4. Vierteljahr konnte eine erneute Belebung der Wirtschaftstätigkeit verzeichnet werden<sup>4</sup>. Nachdem sich die Wirtschaftsbeobachter so stark geirrt hatten, sind sie in ihren Voraussagen für 1978 sehr vorsichtig: Es wird mit einer nur allmählichen Beschleunigung des Wachstumstempos gerechnet; die vorausgeschätzten Zuwachsraten des *realen* Sozialprodukts liegen zwischen 2,5 und 3,5 Prozent. Die Bundesregierung orientiert sich in ihrem Jahreswirtschaftsbericht an einem realen Wachstum von 3,5 Prozent<sup>5</sup>.

#### *Der Export ist nicht mehr Wachstumsmotor*

Anders als zuvor, war in dem Drei-Jahres-Zeitraum, über den hier berichtet wird, das Exportgeschäft unbefriedigend. Bis zum Herbst 1974 war die Auslandsnachfrage über einen langen Zeitraum hinweg Motor und - im konjunkturellen Tal - Schrittmacher des Aufschwungs gewesen. Die weltweite Rezession führte zu einem Rückgang des Exports. Im Jahre 1975 war die Ausfuhr (im Rahmen der Volkswirt-

---

4 Eine ausführliche Darstellung der Wirtschaftsentwicklung wurde vom Autor dieses Beitrags in den Gewerkschaftlichen Monatsheften, H. 1/1978 veröffentlicht.

5 Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 8/1471.

schaftlichen Gesamtrechnung) *real* (der Menge nach) um reichlich 11 Prozent niedriger als 1974. 1976 erfolgte dann zwar ein erfreulicher (im Vergleich zum Sozialprodukt) überproportionaler Anstieg um knapp 11 Prozent. Im vergangenen Jahr 1977 jedoch verlangsamte sich das Tempo auf 3,5 Prozent. Das war im wesentlichen auf die - nicht nur in der Bundesrepublik, sondern - weltweit zu beobachtende Nachfragezurückhaltung zurückzuführen, wobei staatliche Dämpfungsmaßnahmen in Ländern mit hohen Inflationsraten eine Rolle gespielt haben. Außerdem konnte die tatsächliche Aufwertung der D-Mark durch die laufenden Wechselkursänderungen bei flexiblen Kursen nicht ohne Folgen bleiben; sie mußte sich auf das Exportgeschäft auswirken. Allein im Laufe des vergangenen Jahres -von Ende 1976 bis Ende 1977 - stieg der Wert der D-Mark gegenüber dem Dollar um 12,2 Prozent an, gegenüber den Währungen von 22 der wichtigsten Handelspartnerländer um 12,8 Prozent. Verglichen mit diesen Währungen betrug die tatsächliche Aufwertung der D-Mark in der Zeit vom 30. 6. 1975 bis zum 27. 1. 1978 sogar 21,6 Prozent.

Diese Währungsrisiken waren jedenfalls der für den Außenhandel entscheidende Störungsfaktor - und nicht die Lohnerhöhungen. Die Unternehmer beklagen zwar, daß die Lohnkosten je Produkteinheit in der Bundesrepublik Jahr für Jahr gestiegen sind. Die Löhne stiegen stärker als die Produktivität. Das konnte bei den hohen Preissteigerungen und der scharfen Lohnsteuerprogression auch gar nicht anders sein und war — da die Nachfrage der privaten Verbraucher die wichtigste Konjunkturstütze war - volkswirtschaftlich auch vernünftig (siehe hierzu die späteren Ausführungen über die Lohnentwicklung). Indessen kommt es ebenso wie bei den Preisen nicht auf die absolute Stabilität an — das ist etwas für Theoretiker —, sondern darauf, in welchem Land die Lohnstückkosten am wenigsten gestiegen sind. Das ist neben der Schweiz die Bundesrepublik. Die nachstehende Übersicht weist die jährliche Erhöhung der Lohnstückkosten in einigen vergleichbaren Ländern aus (in Prozent)<sup>6</sup>.

Land	1975	1976	1977
Bundesrepublik	6,9	1,3	4,5
Großbritannien	32,1	11,6	10,5
Frankreich	17,2	9,6	8,5
Japan	14,6	6,0	6,0
USA	7,6	9,6	7,5
Italien	26,0	16,2	20,5
Schweden	19,2	16,4	13,0
Schweiz	10,6	2,4	0

<sup>6</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, veröffentlicht im Wochenbericht des Instituts vom 19. 1. 1978, S. 24, für 1975 u. a. im Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Texttabelle 5.



*Nicht ausreichende Investitionstätigkeit*

Die Investitionstätigkeit war in den vergangenen drei Jahren unbefriedigend. Nachdem die Bundesregierung für alle zwischen dem 1. 11. 1974 und dem 1. Juli 1975 bestellten Investitionsgüter eine Investitionszulage in Höhe von 7,5 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten angeboten hatte, kam es in der zweiten Hälfte des Jahres 1975 zwar zu der erwarteten Belebung - die Ausrüstungsinvestitionen waren im 2. Halbjahr 1975 real um 2,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor und im 1. Halbjahr 1976 betrug der Zuwachs sogar rund 10 Prozent. Dann schwächte sich das Wachstumstempo aber rasch ab. In der zweiten Jahreshälfte 1976 betrug die Zuwachsrate der realen Ausrüstungsinvestitionen nur noch 4,2 Prozent, und 1977 lag sie ebenfalls bei 4 Prozent. Dabei sind Rationalisierungen und Ersatzbeschaffung meist die ausschlaggebenden Investitionsmotive. Nur jedes sechste Industrieunternehmen wollte im Herbst 1977 seine Produktionsanlagen erweitern.

Die Investitionszurückhaltung dürfte vor allem auf die im ganzen ungenügende Auslastung der Produktionsanlagen und auf ungünstig eingeschätzte Absatzerwartungen in der nächsten Zukunft zurückzuführen sein. Zur Zeit sind die Produktionsanlagen um 5 Prozentpunkte weniger ausgelastet, als dies im langjährigen Durchschnitt der Fall war. Die Unternehmer behaupten zwar, daß die Gewinnentwicklung zu schlecht sei, so daß deshalb nicht ausreichend investiert würde. Würden die Löhne nicht so stark erhöht werden und infolgedessen die Gewinne stärker steigen können, dann würde auch mehr investiert und dann gäbe es auch mehr Arbeitsplätze. Diese Unternehmer- und Arbeitgeberargumentation ist falsch. Zunächst einmal gibt es ohne Lohnerhöhungen, die in ausreichendem Maße über die Preissteigerungen hinausgehen, auch keine genügende Nachfrage, die zu einer besseren Kapazitätsausnutzung führt. Die Absatzerwartungen würden also schlechter werden. Außerdem belassen die Unternehmer nur einen sehr kleinen Teil ihrer Gewinne im Unternehmen. Den weitaus größten Teil entnehmen sie für ihren privaten Verbrauch und für Geldanlagen außerhalb des Unternehmens. Die nicht entnommenen Gewinne deckten 1976 und im 1. Halbjahr 1977 z. B. nur etwa ein Zwanzigstel der Investitionsaufwendungen. Hauptfinanzierungsquelle für die Investitionen sind vielmehr die Abschreibungserlöse. Durch sie wurden nach Angaben der Bundesbank 1976 die Investitionen zu gut drei Vierteln finanziert; im 1. Halbjahr 1977 waren es etwa zwei Drittel.

*Der Staat schränkte seine Bauinvestitionen ein*

Die Bauwirtschaft stand anfangs noch ganz im Zeichen der schweren Strukturkrise, die vor allem den Wohnungsbau betroffen hatte. Auf einen inflationär aufgeblähten Nachfrageboom in den Jahren 1972/73 folgte ein enormer Schrumpfungs-

prozeß mit Tausenden von Firmenzusammenbrüchen. Der Rückgang der fertiggestellten Wohnungen von der Rekordzahl 714 000 im Jahre 1973 (zuvor lag die Zahl der jährlichen Fertigstellungen zwischen 500 000 und 600 000) auf 436 000 im Jahre 1975 zeigt das Ausmaß der Krise an. Auf diesem Stand ist die Wohnungsbau-tätigkeit ungefähr geblieben, gestützt von staatlichen Förderungsmaßnahmen und der Kreditverbilligung. Beides kam offensichtlich in erster Linie dem Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern zugute. Gefördert wurde insbesondere auch die Altbau-modernisierung. Der Wirtschaftsbau entwickelte sich etwa gleichgerichtet mit den privaten Ausrüstungsinvestitionen. Ein Ärgernis war indessen die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand. Real gingen die öffentlichen Anlageninvestitionen, die bis auf einen geringen Rest Bauinvestitionen sind, 1975 gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent, 1976 um 3,9 Prozent und 1977 um 2,5 Prozent zurück. Das war genau das Gegenteil einer antizyklischen Finanzpolitik des Staates. Statt durch überproportional steigende Investitionsausgaben zur Belebung der Konjunktur und zur Be-seitigung der Arbeitslosigkeit beizutragen, verminderte der Staat seine Investiti-onen. In diesem schlechten Sinne wirkten vor allem Länder und Gemeinden, auf die der weitaus überwiegende Teil der Investitionen entfällt. Erst im Herbst 1977 wurde von der bis dahin strikt durchgeführten Sparpolitik auf einen expansiven Kurs -nicht nur bei den Investitionen - umgeschaltet. Im ganzen waren die realen Bauinvestiti-onen 1975 um rund 9 Prozent niedriger als 1974, während sie 1976 um 3,7 Prozent und 1977 um 2,5 Prozent stiegen.

*Der private Verbrauch wirkte stabilisierend*

Die große Konjunkturstütze, der Stabilisator der Wirtschaftsentwicklung, war in allen drei Jahren der private Verbrauch. 1975 wuchs er z. B. real um 2,6 Prozent, während das Sozialprodukt insgesamt um 3,2 Prozent zurückging. 1976 stieg der private Verbrauch real um 3,6 Prozent - bei einem Sozialproduktwachstum von 5,7 Prozent-, und 1977 war er mit 3 Prozent stärker geworden als das Sozialprodukt (2,4 Prozent). Von den dargestellten großen Nachfrageströmen ist der private Ver-brauch - auf den etwa 45 Prozent der Gesamtnachfrage (einschließlich Auslands-nachfrage) und 55 Prozent des Bruttosozialprodukts (bei dem Ausfuhr und Einfuhr saldiert werden) entfällt - das stetige Element.

Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß auch die Löhne - und in ihrem Ge-folge die Beamtenpensionen und Sozialrenten - relativ stetig wachsen. Die Brutto-lohn- und -gehaltssumme erhöhte sich 1975 gegenüber 1974 insgesamt um 3,5 Pro-zent, 1976 um 6,5 Prozent und 1977 um 7 Prozent. Die Bruttoeinkommen *je be-schäftigten Arbeitnehmer* waren allerdings 1975, aber auch noch 1976, infolge des Rückgangs der Beschäftigungszahlen höher. Sie lagen in allen drei Jahren bei rund 7 Prozent. Die Nettolöhne und -gehälter stiegen dagegen unterschiedlich. 1975

wirkte sich die Steuerreform aus, indem die Nettoarbeitseinkommen je Kopf mit 7,3 Prozent etwas stärker anstiegen als die Bruttolöhne, 1976 wirkte wieder die Steuerprogression, hinzu kam der Anstieg der Sozialabgaben: aus einer siebenprozentigen Bruttoerhöhung wurde ein Nettozuwachs von 4,2 Prozent. 1977 betrug die Nettolohnerhöhung 6 Prozent (bei 7 Prozent Bruttolohnerhöhung); vor allem die Heraufsetzung des Weihnachtsfreibetrages wirkte progressionsmindernd.

*Die Lohnkaufkraft stieg um 3,2 Prozent*

In den drei Jahren von 1974 bis 1977 erhöhten sich die *Nettolöhne je beschäftigten Arbeitnehmer* um 18,7 Prozent. Gleichzeitig stiegen die Verbraucherpreise um 15 Prozent. Es ergibt sich eine Realloohnerhöhung von 3,2 Prozent. Trotz der größten Beschäftigungskrise der Nachkriegszeit, trotz rund einer Million Arbeitslose über die ganze Zeit hinweg konnte die Kaufkraft der Löhne und Gehälter gesichert und noch etwas verbessert werden. Das ist sicher nicht befriedigend, und volkswirtschaftlich hätte von einer stärkeren Steigerung der Massenkaukraft eine belebende Wirkung ausgehen können. Aber die Lohnerhöhungen mußten immerhin gegen starken Widerstand der Arbeitgeber erkämpft werden - und diese waren infolge der Beschäftigungskrise häufig in der stärkeren Position. Außerdem mußten von vielen Meinungsbildnern offensichtlich nicht ohne Erfolg verbreitete Behauptungen überwunden werden, wonach die Lohnerhöhungen angeblich zu hoch und deshalb für die Volkswirtschaft schädlich seien. Daß es sich hierbei um irrige Vorstellungen handelt, beweist die geringe Kaufkrafterhöhung der Löhne. Wäre sie noch geringer ausgefallen, hätte sich die Beschäftigungskrise eher noch verschärft.